
294/SPET XXIV. GP

Eingebracht am 15.07.2013

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Stellungnahme zu Petition

An die
Parlamentsdirektion
per E-Mail:
NR-AUS-PETBI.Stellungnahme@parlament.gv.at



bmask

BUNDESMINISTERIUM FÜR
ARBEIT, SOZIALES UND
KONSUMENTENSCHUTZ

Stubenring 1, 1010 Wien
DVR: 0017001

AUSKUNFT

Mag. Gerhard Schwab

Tel: (01) 711 00 DW 6532

Fax: +43 (1) 7158258

Gerhard.Schwab@bmask.gv.at

Antwortschreiben bitte unter Anführung
der Geschäftszahl an die E-Mail Adresse
post@bmask.gv.at richten.

GZ: BMASK-10001/0230-I/A/4/2013

Wien, 09.07.2013

Betreff: Stellungnahme des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz zu den parlamentarischen Petitionen

- **Nr. 200/PET „Bundeseinheitliche Regelungen für das Wettwesen (Bundeswettengesetz)“,**
- **Nr. 206/PET „Abschaffung des Pensionssicherungsbeitrages für Pensionsbezieher insbesondere für Witwen- und Waisenrentner“**
- **Nr. 214/PET „Abschaffung des Pensionssicherungsbeitrages für Pensionisten/innen sowie Bezieher/innen von Witwen/Witwer- und Waisenpensionen“**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz teilt mit Bezug auf die E-Mail vom 20. Juni 2013, GZ Zl.: 17010.0020/46-L1.3/2013, das Folgende mit:

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Die Petition **Nr. 200/PET** betrifft Fragen des Glückspiels und der Wetten. Wenngleich der grundsätzlichen Stoßrichtung zugestimmt werden kann, ist das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz weder für die Ausarbeitung des geforderten Gesetzes noch für die Einwirkung auf die Bundesländer hinsichtlich des Vollzuges der Landesgesetze zuständig.

Die in den Petitionen **Nr. 206/PET** und **214/PET** geforderte Abschaffung des Pensionsversicherungsbeitrages stellt keine Frage der gesetzlichen Sozialversicherung dar, sondern fällt als Angelegenheit des Pensionsrechts in den Wirkungsbereich der Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst bzw. - soweit es die Beamten der ÖBB betrifft - der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie.

Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz ersucht daher um Verständnis, dass von einer inhaltlichen Stellungnahme abgesehen wird.

Mit freundlichen Grüßen
Für den Bundesminister:

Ing. Mag. Andreas Thaller

Elektronisch gefertigt.